

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Otto Brenner

Fritz Erler

Waldemar von Knoeringen

Prof. E. W. Meyer

Prof. Carlo Schmid

Carl Schumacher

Herbert Wehner

12. Jahrgang

Heft 4

Juli / August 1965

Inhalt

Vermögensbildung im sozialen Rechtsstaat	
Von Georg Leber, MdB, Bonn	773
Waldemar von Knoeringen, München	
Die „formierte Gesellschaft“	778
Dr. Rüdiger Altmann, Bonn	
Traditionen in der deutschen Politik	782
Günter Bartsch, Lingen	
Camus und der demokratische Sozialismus	787
Peter Grönwoldt, Göttingen	
Die Intellektuellen in der Bundesrepublik	793
Diskussion	
Wenzel Jaksch, MdB, Bonn	
Deutsche Ostpolitik — ein Experiment in Sachlichkeit	800
Zeitgeschehen	803
Berichte und Analysen	
Mobilisierung der Begabtenreserven	
in ländlichen Randlagen (II. Teil)	810
Von Helmut Kohn, Bonn	
Kritik	822
Vorschau	834
Die Autoren dieses Heftes	835

Chefredakteur: Dr. Ulrich Lohmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Postfach 26 und 27; Telefon 631 11; verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Ingersand.

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH, 48 Bielefeld, Pressehaus, Postfach 26 und 27; Telefon 631 11; Fernschreiber Nr. 09 32 845. Postscheckkonto Hannover 62 68, Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Bezugszeit halbjährlich. Kündigungen zum 1. Januar und 1. Juli. Halbjahresabonnement (3 Hefte) Inland: 9,— DM einschl. Postvertriebsgebühren; Ausland: 9,— DM zuzügl. Porto. Einzelpreis 3,— DM zuzügl. Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 4.

Deutsche Ostpolitik — ein Experiment in Sachlichkeit

Wenzel Jaksch

Warenberge in Westeuropa und klaffende Versorgungslücken in Osteuropa drängen nach einem Ausgleich. Die Warenflut des Westens brandet gegen den Eisernen Vorhang. In den prallen Gepäckstücken westlicher Besucher sickert sie tropfenweise durch alle Hindernisse. Die Touristen-DM durchbricht auf breiter Front alle Sperren. Für alles, was die Urlauber aus der Bundesrepublik an der Adria, an der Schwarzmeerküste, in Prag und Budapest genießen und verzehren, müssen Warenlieferungen einen nachträglichen Ausgleich schaffen.

Parallel vollzieht sich der Aufmarsch westlicher Großfirmen und Kreditgeber, die wertvolle industrielle Ausrüstungen gegen verlockende Zahlungsbedingungen anbieten. Die Berner Konvention, welche die Industrienationen Westeuropas auf die Höchstgrenze fünfjähriger Zahlungsziele bei Lieferungen an Ostblockländer verpflichtete, ist tot. Britische und französische Lieferanten bieten bei Großaufträgen Kredite bis zu 12 Jahren Laufzeit an. Krupp verhandelt in Polen und Rumänien über die Inangriffnahme einer Koproduktion mit dortigen Staatsbetrieben, wenn auch bisher ohne Erfolg. Im ganzen Satellitenbereich ist unübersehbar ein wirtschaftlicher „Drang nach dem Westen“ ausgebrochen. Die Sowjetunion kann ihn nicht

aufhalten. Nach Brüssel ziehen die Unterhändler aus Warschau, Prag und Budapest, um noch vor Torschluss der möglicherweise schon 1967 in Kraft tretenden westeuropäischen Zollunion einen Fuß in den EWG-Raum zu setzen.

Die erstarrten wirtschaftlichen Fronten Europas kommen also in Bewegung. Nahe liegt der Gedanke, daß die Bundesrepublik bei der Errichtung von Handelsmissionen in den Hauptstädten der osteuropäischen Länder nicht stehenbleiben kann, sondern ein eigenes Wirtschaftskonzept für Osteuropa entwickeln müßte. Dafür sprechen insbesondere drei Gründe:

1. Solange die Sowjetunion auf der Dreiteilung Deutschlands beharrt, ist die Bundesrepublik nicht zu einer Stillhaltepolitik verpflichtet, sondern berechtigt, mit wirtschaftlichen Mitteln auf eine Auflockerung des Ostblocks hinzuwirken.
2. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik des Westens gegenüber dem Ostblock muß aus dem Bereich der frommen Wünsche auf das Gebiet praktischer Bemühungen verlagert werden. Die Bundesrepublik kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie die Konzeption einer wirtschaftlichen Partnerschaft West- und Osteuropas vertritt.
3. Alle wirtschaftlichen Anknüpfungen im Satellitenbereich, ob sie von privater Seite ausgehen oder von staatlichen Initiativen, müssen in den Rahmen eines konstruktiven Europadenkens hineingestellt werden. Erhebliche wirtschaftliche Opfer der Bundesrepublik auf diesem Gebiete wären nur dann politisch tragbar, wenn sie der Sache der Wiedervereinigung dienen und einer gesamteuropäischen Friedensgestaltung zugute kommen, die den legitimen Interessen aller beteiligten Völker Rechnung trägt.

Dagegen steht das Argument, daß jeder Versuch der Bundesrepublik, ebenfalls an der wirtschaftlichen Geschlossenheit des „sozialistischen Lagers“ zu rütteln, zu einer weiteren Verhärtung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage führen müßte. Zwanzig Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges wäre es aber an der Zeit, unabhängig von der Gunst oder Ungunst einzelner Siegermächte zu prüfen, was die Bundesrepublik aus eigener Kraft tun kann, um eine Verhandlungssituation zu schaffen, in der wir schließlich mit Trümpfen in der Hand am Verhandlungstisch sitzen. Sollten wir nicht auf die werbende Ausstrahlung unseres Wirtschaftspotentials mehr vertrauen als auf papierene Initiativen unserer westlichen Alliierten? Diese Frage schiebt sich seit geraumer Zeit in den Vordergrund der Erwägungen, wie man die Selbstbestimmung des deutschen Volkes durch deutsche Selbsthilfe fördern könnte. Bundespräsident Lübke hat schon auf seiner Südamerika-reise die Bereitschaft der Bundesrepublik angedeutet, die Wiedervereinigung durch wirtschaftliche Opfer zu erkaufen. Auch der Bundeskanzler erklärte am 13. Januar d. J. im Berliner Sportpalast: „Wir sind bereit, uns die Wiedervereinigung etwas kosten zu lassen.“ Das waren jedoch Briefe, die ohne Adresse in den Postkasten geworfen wurden. Wirtschaftliche Angebote müssen an bestimmte Adressaten gerichtet werden, damit sie von ihnen geprüft werden können. In meiner Studie „Westeuropa—Osteuropa—Sowjetunion“ mache ich den Versuch, das Wirtschaftspotential der Bundesrepublik an den aufgestauten Nachholbedarf der osteuropäischen Länder zu adressieren. Dabei kann ich mich auf einigee Kenntnis der Länder der Osthälfte

Europas stützen sowie auf das Urteil von Wirtschaftsfachleuten, die den heutigen Stand der Dinge aus täglicher Erfahrung kennen. So entstand das Projekt, den osteuropäischen Ländern zum Zwecke des Ausbaues einer gesamteuropäischen Verkehrs- und energiewirtschaftlichen Infrastruktur einen verbilligten Globalkredit von 50 Milliarden DM anzubieten. Die Bundesrepublik sollte davon 30 Milliarden in zehn Jahresraten übernehmen — vorwiegend durch Inanspruchnahme des privaten Kapitalmarktes und mit Bundesbeiträgen zur Zinsverbilligung —, während weitere 20 Milliarden von interessierten westeuropäischen Partnern aufgebracht werden könnten.

Ein solcher weitreichender Plan unterliegt natürlich politischen Entscheidungen. Keine Bundesregierung und keine Bundestagsmehrheit könnte ein Angebot von dieser Größenordnung aussprechen, ohne auch klarzumachen, daß das deutsche Volk für große wirtschaftliche Opfer auch ein Entgegenkommen der Empfängerseite in seinen Lebensfragen erwartet. Nach meiner Ansicht wäre es aber verfehlt, die Sachdiskussion über die Zweckmäßigkeit eines großen Wirtschaftskonzepts von vornherein mit einer politischen Preisliste zu belasten. Ein derartiger Dilettantismus würde nur den Gegnern jeder Auflockerung im Ostblock gelegen kommen.

Die von mir angeregte Diskussion über diese Thematik hat in ihrem bisherigen Verlauf bemerkenswerte Aufschlüsse über den Widerstreit von Sachkunde und Emotionalismus in der deutschen Ostpolitik geliefert. Wirtschaftskreise, Fachwissenschaftler, Studenten und — bemerkenswerterweise — viele sogenannte Vertriebenen-Funktionäre nahmen den Gedanken eines westosteuro-

päischen Sanierungsprojektes durchaus positiv auf. Bei einem Gespräch vor der Berliner Auslandspresse zeigten auch Ostblockjournalisten dafür ein beachtliches Interesse. Ähnliche Gedankengänge wurden auf einer Bonner Fachtagung der Südosteuropa-Gesellschaft in Gegenwart offizieller Vertreter aus Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn vertreten. Sachliche Bezugnahmen in der polnischen Exilpresse ließen zumindest auf eine befruchtende Wirkung der Vorschläge schließen. Ein tschechisches Exilblatt in Chicago begrüßte sie auf der Titelseite, während Radio Prag mit mildem Tadel von einem Versuch sprach, die Völker des „sozialistischen Lagers“ durch Milliardenbeträge zu korrumpieren.

Dieser abgestuften Bereitschaft zur sachlichen Wertung eines deutschen Vorschlages in Ost und West — auch die Außenämter in Washington und London zeigten dafür Interesse — stehen Ausbrüche eines hoffnungslosen Negativismus in der Bundesrepublik gegenüber. Die Feststellung der Nationalzeitung „Jaksch fällt den Vertriebenen in den Rücken“ wird vom „Göttinger Arbeitskreis“ noch durch die Feststellung ergänzt, diese Vorschläge seien ein „bereits in der Grundlage brüchiges und praktisch undurchführbares Projekt“ („hvp“ vom 10. 3. 1965). Unter Berufung auf diese Göttinger „Ostexperten“ behauptet die „iwo“-Korrespondenz für CDU-Vertriebene: „Die vorgeschlagenen Wirtschaftsinitiativen seien dazu angetan, die Teilung Deutschlands zu vertiefen...“ Im Gegensatz zu einer überwiegend positiven Beurteilung seines Fraktionskollegen Freiherr von G u t t e n b e r g ist auch der Abgeordnete S t i n g l auf diese demagogische Linie eingeschwenkt, in-

dem er unterstellt, mit dem Wirtschaftskonzept wären „doch recht großzügig Milliardenbeträge versprochen“ worden. Wenn dies als vorweggenommene Wahlpropaganda gedacht war, so mag sich vielleicht noch erweisen, daß Negativismus nicht immer die stärkere Werbekraft hat. Wer kann guten Gewissens von Wiedervereinigung und friedensvertraglicher Regelung der Gestalt Gesamtdeutschlands sprechen, wenn er gleichzeitig die Illusion nährt, daß in beiden Richtungen Fortschritte ohne praktische Beiträge der Bundesrepublik möglich sein würden? Der Gedanke eines in dieser oder jener Form dargebrachten wirtschaftlichen Friedensopfers des freien Teiles Deutschlands wird daher nicht mehr aus der Diskussion verschwinden. Damit wird die Erörterung der Möglichkeiten einer konstruktiven deutschen Ostpolitik zum Experiment nicht nur einer verantwortungsbewußten Sachlichkeit, sondern auch zum Prüfstein der politischen Reife unseres Volkes.